



ivote

SO WIRD DIE EU WIEDER WETTBEWERBSFÄHIG!

Welche Maßnahmen braucht es, um Europa
im neuen globalen Machtgefüge zu stärken?

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



MINT-GIRLS-CHALLENGE

900 Mädchen nahmen am
Wettbewerb teil

Seite 4



OBERÖSTERREICH

Die Fakten zur
Arbeitszeitdiskussion

Seite 10

INDIEN

Wachstumsmarkt und
aufstrebender Partner

Seite 2

Indien: Wachstumsmarkt und aufstrebender Partner

Eine junge Bevölkerung und das höchste Wirtschaftswachstum unter den G20-Staaten – Indien gewinnt zunehmend an Bedeutung für die globale Zusammenarbeit. Der IV-Ausschuss Europa & Internationale Märkte beschäftigte sich mit dem wichtigen Wachstumsmarkt.

Indien mit seinen 1,4 Milliarden Einwohnern, die fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt, gewinnt zunehmend an Bedeutung bei der Bewältigung globaler Herausforderungen. Fast die Hälfte der Bevölkerung ist unter 25 Jahre alt. Das Land verzeichnete 2023 ein Wirtschaftswachstum von 6,3 % – das höchste unter den G20-Staaten. Vor diesem Hintergrund befasste sich auch der IV-Ausschuss Europa & Internationale Märkte unter dem Vorsitz von Karin Exner-Wöhler mit dem Wachstumsmarkt Indien. Zu Gast waren der Vorstandsvorsitzende der in Indien aktiven Plansee Group, Karlheinz Wex, sowie die preisgekrönte Journalistin und Direktorin des indischen Thinktanks Gateway House, Manjeet Kripalani.

Gut ausgebildete Mitarbeiter

„Indien ist nicht anti-westlich, es ist nicht-westlich“, hob Kripalani hervor. Im Gegensatz zu anderen Playern wie etwa China verfolge Indien nicht das Ziel, die globale Vormachtstellung zu erreichen. Themen wie die Schaffung von Arbeitsplätzen für die wachsende Bevölkerung stünden für die Regierung im Vordergrund. Indien ist für Österreich bereits jetzt eines der wichtigsten Herkunftsländer für qualifizierte Zuwanderung im Rahmen der Rot-Weiß-Rot-Karte: Über 7.000 indische Arbeitnehmer sind am heimischen Markt tätig. Indien bildet jedes Jahr die weltweit zweitgrößte Zahl an technischen Absolventinnen und Absolventen aus. Auch Karlheinz Wex hob die Bedeutung der gut ausgebildeten Mitarbeiter für die vier Produktionsstandorte der Plansee Group in Indien hervor.



Ein Investitionsschutzabkommen sowie ein umfassendes Freihandelsabkommen, das den Zugang zum indischen Markt verbessert, den Handel liberalisiert und bestehende Hürden beseitigt, brächte einen deutlichen Wettbewerbsvorteil für heimische und europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb. Seit 2022 wird nach einer neunjährigen Unterbrechung wieder an einem Abkommen verhandelt. Bis eine Einigung erzielt werden kann, ist es wesentlich, bestehende Instrumente zu stärken, so etwa den EU-Indien-Handels- und Technologierat (TTC). Im Rahmen des TTC soll die Kooperation in den Bereichen strategische Technologien, grüne Technologien und Handel intensiviert werden. Auch die Global-Gateway-Strategie der

Europäischen Union kann eine Chance für österreichische Unternehmen darstellen: Bis 2027 sollen Investitionen in Höhe von rund 300 Mrd. Euro für Infrastrukturprojekte in EU-Partnerländern mobilisiert werden. Projekte in Indien umfassen die Sanierung der städtischen Infrastruktur (u. a. Abfallbewirtschaftung) und die Umsetzung nachhaltiger und energieeffizienter U-Bahn-Systeme.

Klimaneutral bis 2070

Das Land spielt zudem eine wesentliche Rolle in der globalen Energie- und Klimapolitik: Trotz seines Status als drittgrößter Energieverbraucher der Welt und einer Verdoppelung des Verbrauchs seit 2000 gewinnen erneuerbare Energien in Indien zunehmend an Bedeutung. Das Land hat sich das Ziel gesetzt, bis 2070 klimaneutral zu werden; eine große Herausforderung, bei der auch heimische Technologieanbieter Lösungen offerieren können.

Wirtschaftsräume Indien und EU

448,39 Mio.	Einwohner	1.441,72 Mio.
1,3 %	BIP-Wachstum 2024 (Prognose)	6,5 %
13,2 %	Anteil an globalen Warenexporten (ohne Intra-EU-Handel)	2,2 %
2.572,88 Mrd.	Warenexporte weltweit 2022 in Mrd. Euro	426,91 Mrd.

Quelle: IMF, EU

Redewettbewerb „Sag’s Multi“ fördert Mehrsprachigkeit

Die Beherrschung mehrerer Sprachen stellt einen Vorteil in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht dar. Mit „Sag’s Multi“ wird ein erfolgreicher Beitrag für die Wertschätzung mehrsprachiger Jugendlicher in Österreich geleistet.

Die Sprachenvielfalt in Österreich birgt insbesondere für unsere Hidden Champions, die oft Weltmarktführer in spezialisierten Segmenten sind, ein besonderes Potenzial. Menschen mit mehreren Erstsprachen bringen meist besondere Problemlösungsfähigkeiten, hohe Kreativität und mentale Flexibilität mit. In einem Umfeld mit hohen Innovationsansprüchen sind sie daher besonders gut aufgehoben.

Jede weitere Sprache eröffnet dem Menschen den Zugang zu weiteren kulturellen Deutungsmustern und somit einen neuen Horizont. Die Beherrschung mehrerer Sprachen stellt einen Vorteil in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht dar.

Sprachliche Vielfalt im Schulalltag

Sprachliche Vielfalt ist Alltag in Österreich und insbesondere an Österreichs Schulen. Jedes vierte Kind in Österreich hat eine nicht deutsche Erstsprache und bringt damit eine besondere Ressource mit. Das Zusammenleben und Lernen von Kindern und Jugendlichen unterschiedlichster Herkunft ist im Großteil der Klassen österreichischer Schulen selbstverständlich. Um davon auch flächendeckend profitieren zu können und dabei einen guten Deutschunterricht für alle Schülerinnen und Schüler sicherzustellen, braucht es innovative Maßnahmen. „Sag’s Multi“ ist jährlich ein guter Anlass, um aufzuzeigen, was möglich ist.

Vor mittlerweile 20 Jahren wurde erstmals der Redewettbewerb „Sag’s Multi“ initiiert. Inzwischen hat sich der mehrsprachige Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler im Alter von 15 bis 20 Jahren österreichweit gut etabliert. Mit dem Redewettbewerb wird seit Jahren ein erfolgreicher Beitrag für die Wertschätzung mehrsprachiger Jugendlicher in Österreich geleistet. Die IV unterstützt „Sag’s Multi“ auch heuer wieder (2023/24 mit dem Leitthema „Mitbestimmen, mitgestalten – meine Stimme, mein Tun“), um auf die Bedeutung von Mehrsprachigkeit als Ressource für den international ausgerichteten Standort Österreich hinzuweisen.

INFORMATION

„Sag’s Multi“ am 17. Juni auf ORF III. „Mitbestimmen, mitgestalten – meine Stimme, mein Tun“: sagsmulti.orf.at

WEBTIPP

Hier geht’s zu den IV-Themen Migration und Mehrsprachigkeit: www.iv.at/Themen/Bildung-und-Gesellschaft/Elementarbildung-und-Schule/Bildungspolitische-Massnahmenvorschlaege.pdf



Wir müssen die EU wieder auf Kurs bringen

Diese Wahl zum EU-Parlament ist besonders bedeutend: Das so lange grundsätzlich erfolgreiche Europa muss Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft in den Mittelpunkt stellen – sonst droht der Wohlstandsabstieg zum Freilichtmuseum.



Ist der europäische Geist denjenigen ausgeliefert, die ihn angreifen oder gar zerstören wollen? Diesen Eindruck einer Europäischen Union, die ihre Rolle im globalen Kontext zu wenig proaktiv gestaltet, konnte man in den vergangenen Jahren leicht bekommen. Tatsächlich sind viele Herausforderungen Europas durch externe Faktoren, exogene Schocks bedingt, auf die eine Reaktion notwendig war, von der Pandemie bis zum Krieg, mit all den wirtschaftlichen Folgen von Lockdowns bis Energiepreisschock. Und die EU hat sich in vielen Bereichen im Krisenmanagement durchaus akzeptabel geschlagen; oft besser, als es ihr viele zugetraut hätten. Aber reicht das? Genügt es, auf das zu reagieren, was uns bedroht?

Wir haben uns die Ehrlichkeit verdient, auch einen kritischen Blick auf die Stärke Europas am Parkett der Weltpolitik zu werfen. Seit dem von Aufbruchsstimmung geprägten Jahr 1989 ist die Europäische Union von einer der führenden

Wirtschaftsmächte der Welt gemessen am BIP zu Kaufkraftparität (heute ohne Großbritannien) hinter die USA und China gerutscht.

Europa droht eine beispiellose Deindustrialisierung mit schweren Folgen für Wohlstand und Sozialsystem. Viele Gründe dafür sind hausgemacht: Europa untergräbt seine internationale Wettbewerbsfähigkeit durch Überregulierung, bürokratische Auflagen und missionarischen Eifer, der den Bezug zur Realität zu verlieren scheint, wenn man etwa auf die Ausgestaltung des Lieferkettengesetzes blickt. Massive regulatorische Kosten, im internationalen Vergleich hohe Energiekosten, höhere Arbeits- und Kapitalkosten, langwierige Genehmigungsverfahren und allgemein schwierige Investitionsbedingungen – das alles ist eine enorme Belastung für Europas international agierende Unternehmen. Diese kommen vor allem aus dem Mittelstand und sind neben den Leitbetrieben das Wohlstands-Rückgrat Europas.

Wir brauchen dringend eine Kurskorrektur – für ein geeintes, souveränes und demokratisches Europa, das wirtschaftlich und politisch ein starker und selbstbewusster Akteur auf der Weltbühne ist. Dafür muss die Bewältigung der vielen Herausforderungen für unseren Wirtschaftsstandort in der kommenden EU-Legislaturperiode absolute Priorität für die EU-Kommission, die Mitgliedstaaten und das Europaparlament haben. Dazu gehören eine Strategie für sichere Energieversorgung, der gezielte Abbau regulatorischer Überforderung, Technologieoffenheit und eine starke Kapitalmarktunion (siehe Coverstory S. 6–7).

Wir sehen, dass sich auf europäischer Ebene aktuell einiges in Bewegung setzt – so ist auch der Bericht von Enrico Letta ein positives Signal, dass die Warnungen der europäischen Industrie verstanden wurden. Die Antwerpener Deklaration zur Industriepolitik ist dies ebenso. Die EU ist der größte Binnenmarkt der Welt und

als solcher eine Erfolgsgeschichte, von der Länder wie Österreich massiv profitiert haben – jetzt müssen wir schnellstens ins Tun kommen, um jenes geeinte Europa zu erhalten und zu stärken, das den Geist der Pioniere des vor mehr als 30 Jahren durch den Vertrag von Maastricht gestarteten Friedensprojekts atmet, ihn gegen alle Herausforderungen der aktuellen Zeit konsequent und stark verteidigt und mit klugen Strategien die Chancen des ökologischen und technologischen Wandels nutzt. Die anstehenden EU-Wahlen geben uns allen die Möglichkeit, die dafür notwendige Kurskorrektur mit auf den Weg zu bringen. Die Zeit drängt.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

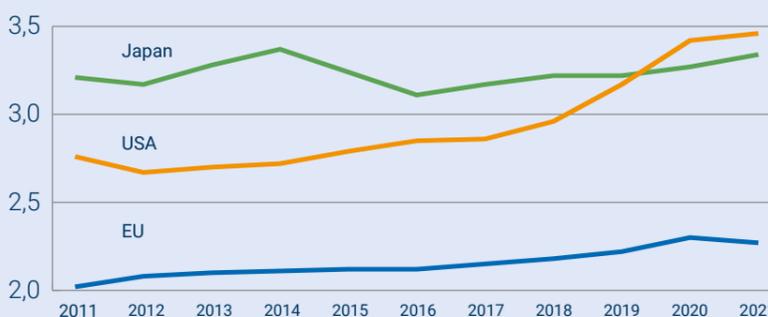
Grafik des Monats

Die EU hat erfolgreich eine Reihe von Finanzierungsinstrumenten zur Förderung von Forschung, Technologieentwicklung und Innovation sowie für grenzüberschreitende Investitionen geschaffen. Die industriepolitischen Initiativen der USA wie der Inflation Reduction Act (IRA) sind zwar im Gesamtumfang durchaus ähnlich, die europäischen Initiativen sind jedoch oft zu komplex und schwerfällig in der Abwicklung. Ihr Erfolg ist zudem in zunehmendem Ausmaß von einer Mittelausstattung auf Ebene einzelner oder mehrerer EU-Mitgliedstaaten abhängig. Während die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der gesamten EU im Jahr 2021 bei 2,2% des EU-BIPs lagen, wiesen die USA einen deutlich höheren Wert auf (3,4%). Neben der Bewahrung ihrer preislichen Konkurrenzfähigkeit muss die EU danach trachten, ihre wissenschaftliche Exzellenz, Technologiekompetenz und Technologieführerschaft weiter auszubauen, um auf den globalen Märkten erfolgreich zu sein.

Im Rahmen des künftigen Forschungsrahmenprogramms („FP10“) sollte deswegen ein ambitioniertes Gesamtbudget in Höhe von mindestens 200 Milliarden Euro und dabei zumindest eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für industrielle Zukunftsbereiche sichergestellt werden. Ebenso sollten Prozesse

der Projektentwicklung weiter deutlich vereinfacht werden. Die EU sollte zudem die Instrumente zur Finanzierung grenzüberschreitender Partnerschaften zur Forcierung von Investitionen und Schlüsseltechnologien (Wirtschaft und Wissenschaft) weiter ausbauen und gleichzeitig in ihrer Abwicklung verbessern.

Ausgaben für Forschung und Entwicklung, nach Leistungssektor
Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Zahl des Monats

3.258

So viele Rot-Weiß-Rot-Karten wurden heuer (in den ersten vier Monaten des Jahres) bereits ausgestellt. „Deshalb können wir aus heutiger Sicht davon ausgehen, dass bis Ende des Jahres 2024 rund 10.000 Rot-Weiß-Rot-Karten an qualifizierte Fachkräfte ausgestellt werden können“, sagte Wirtschaftsminister Martin Kocher dazu.

Der Zuzug qualifizierter Fachkräfte aus Drittstaaten konnte durch die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte deutlich gesteigert werden. In den zwölf Monaten vor der Reform mit Anfang 2022 sind 5.381 Karten ausgestellt worden, nach der Reform waren es 7.860 Karten. Nun wird die Rot-Weiß-Rot-Karte auf Lehrlinge aus Drittstaaten ausgeweitet.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel. Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haidl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Nermina Tičević, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Aniko Benkő, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino, Nicola Skalé

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 × jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): IV/Matanovic, IV-Burgenland, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Servus TV, IV-OÖ/Adobe Stock, IV-Salzburg, IV-Steiermark, IV-Tirol/Schreier, IV, Aurelian Böhrler, IV-Wien/Alexander Müller

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



MINT Girls Challenge prämiert Zukunftsideen junger Talente

„Mädchen in die Technik“ lautet das Motto der MINT Girls Challenge. 2024 wurden 153 Zukunftsideen eingereicht und das Interesse war mit über 900 Mädchen ungebrochen.

Am 24. April, einen Tag vor dem Girls' Day, fand die Preisverleihung der diesjährigen MINT Girls Challenge statt. Der österreichweite Wettbewerb, der bereits zum dritten Mal vom Arbeits- und Wirtschaftsministerium (BMAW), dem Frauenressort im BKA und der IV organisiert wurde, ermöglicht es Mädchen, ihre Ideen zur Lösung aktueller Probleme (wie Klimawandel oder Rohstoffknappheit) mithilfe von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) zu präsentieren.

Frühzeitig für Technik begeistern

Die Teilnahme von über 900 Mädchen und die Einreichung von 153 Zukunftsideen sind ein deutliches Signal: Die Zukunft in MINT ist kreativ und weiblich! Angesichts des Fachkräftemangels ist es von entscheidender Bedeutung, Mädchen und junge Frauen frühzeitig für die aufregenden Möglichkeiten in MINT-Berufen zu begeistern. Die Gewinnerinnen des Bewerbs erhielten unter anderem Zugang zu spannenden MINT-Erlebnissen von bzw. in österreichischen Industrie-Leitbetrieben.

Sabine Herlitschka, Vizepräsidentin der IV, gratulierte den Mädchen und betonte: „Es ist eine ganz zentrale Herausforderung, Mädchen und junge Frauen frühzeitig für MINT-Ausbildungen und -Berufe zu begeistern, denn wer einen MINT-Beruf wählt, kann dazu beitragen, die Welt zu verbessern. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der großen Nachfrage nach MINT-Talenten in der Industrie bieten sich hier große und spannende Zukunftschancen. Diese wollen wir Mädchen und Frauen in noch viel stärkerem Ausmaß zugänglich machen!“

Ein besonderer Dank gilt unseren Mitgliedsunternehmen, die ein MINT-Erlebnis als Preis zur Verfügung stellen:

- Wiener Stadtwerke GmbH
- A1 Telekom Austria AG
- Fronius International GmbH
- Fill Gesellschaft m.b.H.
- Knorr-Bremse GmbH
- Microsoft Österreich GmbH
- TTTech Computertechnik AG
- Palfinger AG
- MIBA AG
- Boehringer Ingelheim RCV GmbH
- voestalpine High Performance Metals GmbH
- Infineon Technologies AG
- Siemens Energy Austria GmbH



Frauenministerin Susanne Raab, IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka und Wirtschaftsminister Martin Kocher.



Junge MINT-Talente auf der Bühne der MINT Girls Challenge.

Expertenmeinung von JOHANNES SOKOPP

Lehramtsreform zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels

Mit der Reform der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern wurde eine langjährige Forderung der IV umgesetzt.

Am 17. April wurde im Nationalrat ein Bundesgesetz beschlossen, mit dem das Universitätsgesetz 2002, das Hochschulgesetz 2005, das Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz, das Fachhochschulgesetz, das Privathochschulgesetz und das Waldfondsgesetz geändert werden. Hinter diesen sperrigen Namen verbirgt sich ein großer Umsetzungserfolg einer langjährigen IV-Forderung. Worum geht es genau?

Vor etwa zehn Jahren wurde mit der „Pädagog/innen-Bildung neu“ die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer in Österreich grundlegend verändert. Die Ausbildung von Lehrpersonen für die Volksschulen dauerte seither acht Semester

im Bachelorstudium und zwei Semester im Masterstudium, also mindestens fünf Jahre; jene für Mittelschulen, Gymnasien sowie mittlere und höhere Schulen acht Semester im Bachelorstudium und vier Semester im Masterstudium, also mindestens sechs Jahre und damit länger als fast alle anderen Bachelorstudien in Österreich.

Mit der nun im Nationalrat beschlossenen Reform des Lehramts gibt es eine dahin gehende Strukturänderung: die Verkürzung des Bachelorstudiums auf sechs Semester (180 ECTS) und somit die Gleichstellung mit den meisten anderen Bachelorstudien. Diese Anpassung wird dazu beitragen, Lehramtsstudien attraktiver zu machen und mehr potenzielle Lehrkräfte anzusprechen.

Begrüßenswert und ebenfalls von der IV gefordert ist auch die Einbindung von wissenschaftlich reflektiertem Praxisbezug in die Curricula. Die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis ist entscheidend, um angehende Lehrkräfte bestmöglich auf die Anforderungen des Berufs vorzubereiten. Die Integration von praktischen Erfahrungen, die bereits im Dienst stehende Lehrerinnen und Lehrer gesammelt haben, stellt sicher, dass das Lehramtsstudium den realen Anforderungen des Klassenzimmers gerecht wird.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Gesetzes ist die verstärkte Ausweitung der Möglichkeiten für den Quereinstieg in den Lehrerberuf. Diese Maßnahme zielt darauf ab, Personen mit fachlich geeigneter



Johannes Sokopp ist Experte im IV-Bereich Bildung & Gesellschaft.

Berufserfahrung den Zugang zum Lehrerberuf zu erleichtern und somit den Lehrkräftebedarf langfristig zu decken.

Insgesamt stellt dieses Gesetz damit einen wichtigen Schritt zur Bewältigung des Lehrkräftemangels dar und trägt dazu bei, den Beruf als attraktive und zukunftsorientierte Profession zu positionieren.

Forschungsfinanzierung: Steigende Investitionen, unerreichte Ziele

Trotz steigender Forschungsausgaben kann sich Österreich nicht als führende Technologienation in Europa etablieren.

Investitionen in Forschung und Entwicklung sind der Motor für die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Im Jahr 2024 hat Österreich seine Forschungsinvestitionen auf 3,34 Prozent des BIP erhöht – das geht aus der im April von Statistik Austria veröffentlichten Globalschätzung hervor. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Zunahme von sieben Prozent, die Gesamtausgaben belaufen sich auf 16,6 Milliarden Euro. Nach wie vor tragen Unternehmen zwei Drittel der Forschungsausgaben. Österreich liegt EU-weit hinter Belgien und Schweden auf dem dritten Platz und ist damit einer der wenigen EU-Mitgliedsstaaten, die das

EU-Ziel einer Forschungsquote von drei Prozent erfüllen. Der bereits für 2020 angestrebte Zielwert von 3,76 Prozent des BIP wird jedoch weiterhin verfehlt.

Diese Ergebnisse zeigen deutlich, dass Österreich noch einige Anstrengungen auf dem Weg zur Technologienation und einem Innovation Leader zu bewältigen hat. Zusätzlich stehen die Unternehmen vor enormen Herausforderungen durch sich weiter verschärfende geopolitische Veränderungen, globale Technologiewettläufe, die grüne und digitale Transformation und umfassende Kostenbelastungen. Daher ist es umso wichtiger, die Ziele der FTI-Strategie

2030 konsequent und mit Nachdruck umzusetzen und ein Forschungsquotenziel von vier Prozent zu verankern.

Um zukunftsfähig zu bleiben, brauchen wir sowohl in herausfordernden als auch in erfolgreichen Zeiten ein klares Commitment der Politik, Investitionen in F&E als Priorität zu führen. In den FTI-Budgets der kommenden Jahre muss sich neben der Inflationsanpassung auch ein deutlicher Wachstumspfad abzeichnen. Insbesondere gilt es, die Technologieoffensive für angewandte Forschung und Technologieentwicklung weiter voranzutreiben. Ebenso dringlich muss der Fonds Zukunft Österreich über 2025 hinaus

gesichert und auf mindestens 200 Millionen Euro ausgebaut werden.

Europa kann seine globale Wettbewerbsfähigkeit längerfristig nur über eine klare Steigerung der Produktivität halten. Es gilt mehr denn je, FTI immer auch möglichst europäisch zu denken und umzusetzen. Österreich als starker Profiteur des EU-Forschungsrahmenprogramms muss sich daher auf EU-Ebene für ein schlagkräftiges Budget von zumindest 200 Milliarden Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche einsetzen – damit kein Weg am Technologiestandort Europa vorbeiführt!

Erste Stiftungsprofessur für Wirtschaftsbildung in Österreich kommt

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung widmet sich seit 2021 der Wirtschaftsbildung in Österreich. 2025 startet nun die erste dezidierte Stiftungsprofessur an der JKU Linz.

Die Stiftung für Wirtschaftsbildung wurde 2021 von der IV, der Arbeiterkammer, der ERSTE Stiftung, der Innovationsstiftung für Bildung, der MEGA Bildungstiftung, der Oesterreichischen Nationalbank sowie der Wirtschaftskammer Österreich ins Leben gerufen. Das Ziel: zeitgemäße, faktenbasierte und praxisnahe Wirtschaftsbildung in der Schule. Seither hat sie in Sachen

Wirtschaftsbildung in Österreich schon einiges bewegt.

Im Jahr 2022 hat die Stiftung begonnen, das Schulpilotprojekt „Wirtschaftsbildung“ umzusetzen. Dieses Projekt unterstützt mittlerweile 60 Schulen österreichweit dabei, verstärkt Wirtschaftsbildung zu unterrichten. Auf der Plattform Wirtschaft-erleben.at stehen allen Pädagoginnen und Pädagogen

qualitätsgeprüfte Lehr- und Lernmaterialien frei zum Download zur Verfügung. Nun ist der Stiftung gemeinsam mit weiteren engagierten Gründungspartnern (IV-OÖ, Innovationsstiftung für Bildung, ERSTE Stiftung, Sparkasse OÖ, Fabasoft AG, Land Oberösterreich und Wirtschaftskammer Österreich) der nächste Coup gelungen: Die österreichweit erste Stiftungsprofessur für Wirtschaftsbildung am Institut für

Wirtschafts- und Berufspädagogik der JKU Linz startet ab 2025. Mit der neuen Stiftungsprofessur wird die Entwicklung von Lehr- und Lernmaterialien für die ökonomische Allgemeinbildung forciert und die Ausbildung angehender Lehrkräfte für den Wirtschaftsunterricht verbessert. Außerdem möchte sich die JKU mit der neuen Professur verstärkt im Bereich der Fortbildung von Lehrkräften engagieren.

Aktuelles in Kürze

Innovatives Ökosystem für Life Sciences

Der World IP Day 2024 im Haus der Industrie widmete sich Innovationstreibern in der Life-Science-Branche.

Die Life Sciences bilden nicht nur eine wesentliche Basis für innovative Produkte und Therapien im Bereich der Gesundheit, sondern sie liefern auch Lösungen für Herausforderungen im Zusammenhang mit Klima, Umwelt und Ressourcenmanagement. Die Life-Science-Disziplinen bilden ein Stärkefeld der österreichischen Forschungslandschaft und die in diesem Bereich tätigen Unternehmen tragen wesentlich zum Erfolg des österreichischen Wirtschaftsstandorts bei. Daher fand die Veranstaltung NCP-IP World IP Day 2024 unter dem Titel „Innovationstreiber in der Life-Science-Branche“ in den Räumen der Industriellenvereinigung statt.

Ein wesentlicher Baustein des Erfolgs ist enge und langfristige Kooperation zwischen Leitbetrieben, Startups, wissenschaftlichen Einrichtungen und Investoren. Das bestehende Innovations-Ökosystem zeichnet sich durch enge Zusammenarbeit und strategische Partnerschaften aus. Wie dieses Ökosystem weiterentwickelt werden kann, um neue Innovationen rascher und zielgerichteter umzusetzen und wie langfristige Schutzstrategien für geistiges Eigentum aussehen, diskutierten Marie-Kathrin Breyer (Ludwig Boltzmann Institut für Lungengesundheit), Peter Nussbaumer („wings4innovation“), Rainer Schultheis (Saphenus Medical Technologies) und Bettina Resl (Novartis Österreich).

September 2024: IV Partner bei Technology Talks Austria

Auch heuer ist die IV wieder Partner bei den hochkarätigen „Technology Talks Austria“. Die Technology Talks, die mittlerweile als Marke mit hohen Qualitätsansprüchen etabliert sind, existieren bereits seit über 40 Jahren (bisher im Rahmen des Europäischen Forums Alpbach) und finden heuer erstmals von 12. bis 13. September 2024 in Wien back-to-back mit dem FFG Forum statt. Das diesjährige Leitthema ist die Bedeutung von Forschung, Technologie und Innovation (FTI) für die „Triple Transition“. Die internationalen Panels, Keynotes und Workshops spannen den Bogen von der „grünen“ und der digitalen über die „Human centered“-Transformation bis zur europäischen FTI-Politik. Im Fokus steht dabei die Bedeutung von Schlüsseltechnologien als Hebel für die Transformationsprozesse und wie Industrie, Wissenschaft

und Gesellschaft die Herausforderungen erfolgreich meistern und die sich bietenden Chancen bestmöglich strategisch gestalten können. Zudem wird auch die Frage nach notwendigen Maßnahmen und Schwerpunkten der Politik für eine prosperierende Zukunft diskutiert.



Der Ticketverkauf hat bereits begonnen – nähere Informationen unter www.technologytalks.ait.ac.at

Impulse für ein wettbewerbsfähiges Europa

Die Industriellenvereinigung schlägt zukunftsweisende Maßnahmen für eine wettbewerbsfähige EU vor. Im Zentrum stehen eine Stärkung des Binnenmarkts, Innovationskraft, Sicherheitspolitik und Arbeitsmarktreformen.

Zweimal jährlich veröffentlicht der Internationale Währungsfonds (IWF) einen ausführlichen Report über die Entwicklung der Weltwirtschaft. Für Europa gab es jetzt lange Zeit keine besonders guten Nachrichten, aber den jüngsten „World Economic Outlook“ konnte Alfred Krammer, Direktor der Europa-Abteilung des IWF, so zusammenfassen: „Nach Jahren der Krisen und ihrer Folgen ist eine sanfte Landung für die europäische Wirtschaft in greifbare Nähe gerückt.“ Um diese Chance in einen echten Aufschwung verwandeln zu können, sind allerdings dringend Reformen notwendig. Der europäische Binnenmarkt ist eine große Erfolgsgeschichte – seit Österreichs Beitritt zur EU 1995 haben sich die heimischen Exporte von 42,2 Mrd. Euro (1995) auf 194,1 Mrd. Euro (2022) mehr als vervierfacht. Die weitere europäische Integration birgt große ungenutzte Produktivitätsgewinne innerhalb der Europäischen Union und darüber hinaus – und wird für die kommende Legislaturperiode zur zentralen Aufgabe.

Doch welche Maßnahmen braucht es, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas im neuen globalen Machtgefüge zu stärken? Die Industriellenvereinigung hat im Vorfeld der EU-Wahlen umfassende Handlungsempfehlungen entwickelt. Im Fokus steht dabei das klare Bekenntnis zum europäischen Binnenmarkt, der als Herzstück der europäischen Wirtschaft eine Schlüsselrolle einnimmt. „Es geht darum, Handelsbarrieren abzubauen, grenzüberschreitende Dienstleistungen zu vereinfachen und eine echte Kapitalmarktunion zu etablieren, um unternehmerische Freiheiten zu maximieren und das Wachstumspotenzial zu heben“, so IV-Präsident Georg Knill.

Außenhandel und Sicherheit

In einer Zeit globaler Unsicherheiten und wirtschaftlicher Herausforderungen ist zudem eine proaktive und selbstbewusste Außenwirtschaftspolitik notwendig. Der Ausbau eines starken Netzes aus Handelsverträgen sowie eine sicherheitspolitische Perspektive, die den Aufbau eines verteidigungsfähigen Europas einschließt, sind essenziell für die dauerhafte Sicherung des europäischen Demokratie- und Wohlstandsmodells.

Die Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und umweltpolitischer Verantwortung stellt eine zentrale Herausforderung für Europa dar. „Die industriellen Kapazitäten Europas sind entscheidend für unsere wirtschaftliche Zukunft“, erklärt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. „Deshalb müssen wir gegen die übermäßigen Regulierungen und die hohen Energiekosten vorgehen, die sie bedrohen. Eine umfassende Überprüfung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Green Deals ist dabei unerlässlich, um unsere Industrie zu schützen und gleichzeitig unsere Umweltverantwortung wahrzunehmen.“

Qualifizierte Arbeitskräfte

Der branchenübergreifende Fachkräftemangel ist in ganz Europa spürbar – die IV setzt sich für effektive Maßnahmen zur Anerkennung von Qualifikationen und für die Beseitigung von Mobilitätshindernissen ein, um die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte zu verbessern. Mit Blick auf die nationalen Arbeitsmärkte gilt es, Maßnahmen zur Erhöhung des Arbeitsvolumens umzusetzen. „Durch die Förderung von Vollzeitarbeit

und die Schaffung von Anreizen für längeres Arbeiten könnten nicht nur Produktivität und Wirtschaftsleistung gesteigert, sondern auch zusätzliche Abgaben generiert werden, die wiederum in Bildung und Kinderbetreuung investiert werden könnten“, so Knill.

Europa als Standort für Innovationen

Europa steht im globalen Wettbewerb um technologische Führerschaft, insbesondere in Schlüsseltechnologien wie der künstlichen Intelligenz (KI), bei denen die USA deutlich höhere Investitionen tätigen. Um diesen Rückstand aufzuholen, ist eine erhebliche Erhöhung des EU-Forschungsbudgets auf 200 Milliarden Euro geplant. Dieser Schritt soll die Forschung und Technologieentwicklung stärken und Europas Attraktivität als Standort für Innovationen erhöhen. Zudem sollen Hemmnisse für Investitionen beseitigt und die Kapitalmarktunion ausgebaut werden, um europäischen Unternehmen den Zugang zu Eigenkapitalfinanzierungen zu erleichtern und die Entwicklung von Zukunftstechnologien voranzutreiben.

„Die Industriellenvereinigung setzt sich mit diesen Vorschlägen für eine tiefgreifende Kurskorrektur ein, um Europa als wettbewerbsfähigen und zukunftsfähigen Standort zu stärken“, so Knill. Dies soll eine Priorität für die kommende EU-Legislaturperiode sein, um Herausforderungen anzugehen und die Erfolgsgeschichte Europas fortzuschreiben.

ZUKUNFT
GESTALTEN

EUROPAWAHL X
9. JUNI 2024

ivote

iv INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG
www.iv.at

Wer bestimmt, wohin sich Europa in Zukunft bewegt? Du!
Nutze deine Stimme und wähle, denn wir entscheiden gemeinsam in welchem Europa wir morgen leben möchten.

Nutze deine Stimme!

Um möglichst viele Menschen zu den Wahlen zu bringen, setzt die Industriellenvereinigung mit der „IVote“-Initiative auf Rolemodels aus der Industrie, die ihre Stimme für die Zukunft Europas nutzen. Auch CEOs, Beschäftigte und Lehrlinge aus vielen der insgesamt 5.000 Mitgliedsunternehmen der IV machen mit und setzen mit persönlichen „IVote“-Bildern in ihren Unternehmen und auf Social Media ein Zeichen für Demokratie und europäischen Zusammenhalt.

„Wettbewerbsfähigkeit Europas ist eine der Top-Prioritäten“

Johannes Hahn war Wissenschaftsminister in Österreich und ist seit 2010 EU-Kommissar, zuletzt zuständig für Haushalt und Verwaltung. Im Interview spricht er über die Wettbewerbsfähigkeit Europas und darüber, warum die Europäische Union manchmal so kompliziert ist.

Der europäische Industriestandort steht gewaltig unter Druck. Was können und müssen wir tun, um Europa wieder global wettbewerbsfähig zu machen?

Johannes Hahn: Die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas ist eine der Top-Prioritäten der Strategischen Agenda der EU für die Jahre 2024 bis 2029. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Mitgliedstaaten und die EU an einem Strang ziehen! Als zielführende Maßnahmen sehe ich vor allem die Vervollständigung des Binnenmarkts, die Förderung innovativer Technologien – bei denen sich die EU dank Green Deal und der Digitalen Agenda bereits bestens positioniert hat – und den Bürokratieabbau auf EU- und nationaler Ebene. Die Europäische Union hat großes Potenzial: gut ausgebildete Arbeitskräfte, Innovationskraft und vor allem sozialen Frieden und Stabilität sowie Rechtsstaatlichkeit, die für Investitionen unerlässlich sind.

Wie muss das nächste EU-Budget aussehen, um zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Industriestandorts Europa beizutragen?

Nachdem das EU-Budget in Zahlen gegossene Politik ist, müssen im künftigen mehrjährigen EU-Budget jene Bereiche finanziell gut ausgestattet werden, die zur globalen Wettbewerbsfähigkeit der Union beitragen; also etwa die Bereiche Forschung und Innovation, neue Technologien in den Bereichen Umwelt, Bio- und Computerwissenschaft sowie gemeinsame, länderübergreifende Projekte, die europäischen Mehrwert bringen, wie es im Verkehrs- oder Energiebereich bereits geschieht. Wir haben mit der Initiative STEP bereits einen guten Ansatz für die Förderung neuer Technologien auf den Weg gebracht, aber natürlich ist das nur ein erster Schritt und braucht im künftigen EU-Budget entsprechende finanzielle Ausstattung.

Aus meiner Sicht gibt es zwei Wege, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU budgetär sicherzustellen: Entweder die Mitgliedstaaten zahlen höhere Beiträge in das EU-Budget oder man ändert die derzeitige Struktur des EU-Budgets. Letzteres würde konkret bedeuten, dass man in Hinblick auf die Mittelausstattung die



EU-Kommissar Johannes Hahn.

gegenwärtig dominanten Bereiche Regional- und Landwirtschaftspolitik zugunsten jener Bereiche, welche die globale Wettbewerbsfähigkeit sichern, kürzt. Die Entscheidung liegt bei den Mitgliedstaaten! Hier gilt es Farbe zu bekennen: Man kann nicht mehr globale Wettbewerbsfähigkeit, mehr Sicherheit etc. fordern, ohne in diese Bereiche zu investieren.

Die Industrie bekennt sich klar zu Europa und zur EU, allerdings hinterfragen wir kritisch, warum viele Ideen aus Brüssel gut gemeint, aber aus unserer Sicht schlecht umgesetzt sind. Ein Beispiel ist das Lieferkettengesetz mit dem massiven Anstieg an bürokratischen Anforderungen durch ausufernde Sorgfaltspflichten. Auch beim Green Deal besteht diese Sorge. Warum ist Europa so kompliziert?

Zunächst eine Klarstellung: „Ideen aus Brüssel“ ist eine Verallgemeinerung. Was steckt dahinter? Gemeint ist die Europäische Union, die aus drei Institutionen besteht: der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat, in dem die Mitgliedstaaten vertreten sind. Wenn es also um „Ideen aus Brüssel“ geht, dann hat die Europäische Kommission, die das Initiativrecht hat, einen Vorschlag gemacht, der vom EU-Parlament und dem Rat erst angenommen werden muss. Im Wege dieses Entscheidungsprozesses kommt es meistens zu Änderungen des Kommissionsvorschlags, wie es auch im Falle des Lieferkettengesetzes geschehen ist. Das Ergebnis ist ein Kompromiss, in den die Stellungnahmen aller Institutionen und ihrer Vertreter eingeflossen sind. Dazu kommen noch umfangreiche Konsultationen mit Interessenvertretern. Das ist natürlich ein langwieriger Prozess, der aber – und damit bin ich schon bei ihrer Frage, warum Europa so „kompliziert“ ist – die Breite der Meinungen repräsentiert. Die Berücksichtigung unterschiedlichster Positionen ist sicherlich eine komplexe Herangehensweise, garantiert aber eine demokratische und transparente Entscheidungsfindung. Daher bin ich gegen Kritik, dass Europa „zu kompliziert“ sei. Die großen Herausforderungen unserer Zeit, vom Klimawandel über Migration bis zur Bedrohung unseres demokratischen Systems, sind nicht mit einfachen Antworten zu lösen, auch wenn Populisten das weismachen wollen!

Was die Berichterstattungspflicht sowohl beim Lieferkettengesetz als auch bei Maßnahmen des Green Deal betrifft, ist es wichtig, dass bei der Umsetzung in nationales Recht mit Augenmaß vorgegangen wird – denn Bürokratie ist auch sehr oft hausgemacht; Stichwort „Gold-Plating“.



WEBTIPP

Hier geht's zum Download des IV-Positionspapiers zur EU-Wahl 2024

Neue IV-Task-Force für europäische FTI-Politik gestartet

Österreich zählt beim EU-Programm „Horizon Europe“ zu den erfolgreichsten einwerbenden Forschungsländern und hat bisher knapp über eine Milliarde Euro zurückgeholt. Um europäische FTI-Initiativen noch besser mitgestalten zu können, hat die IV nun eine eigene Task-Force gegründet.

Ein starkes Europa muss offensiv in Forschung, Schlüsseltechnologien und Innovation investieren, um auf der Grundlage von wissenschaftlicher Exzellenz, Technologiekompetenz und Technologieführerschaft auf den globalen Märkten reüssieren zu können. Die Unternehmen sind mit enormen Belastungen konfrontiert: hohe Lohnkosten, Energiekosten und vergleichsweise hohe Steuern. Forschung, Technologie und Innovation sind mehr denn je essenzielle Standortfaktoren für forschungsintensive Unternehmen. Internationale Kooperationen und Vernetzung sind dabei ein wesentlicher Hebel für den Erfolg.

Für das 10. EU-Forschungsrahmenprogramm („FP10“), das Nachfolgeprogramm von „Horizon Europe“ ab 2028, haben die Vorbereitungsarbeiten sowohl auf EU-Ebene als auch national bereits Fahrt aufgenommen. Die Industriellenvereinigung fordert für FP10 ein schlagkräftiges Budget von zumindest 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche.

Task-Force-Vorsitzende Herlitschka

Um die künftigen europäischen FTI-Initiativen gut abgestimmt strategisch begleiten und so an der Gestaltung mitwirken zu können, hat die Industriellenvereinigung nun eine EU-Task-Force FTI unter dem Vorsitz von Vizepräsidentin Sabine Herlitschka aufgesetzt, die am 22. Mai mit einer Auftaktveranstaltung startete.

Österreich zählt zu den erfolgreichsten einwerbenden Forschungsländern in Europa und hat bisher knapp über eine Milliarde Euro aus Horizon Europe zurückgeholt. Im Vorgängerprogramm Horizon 2020 konnten 1,9 Mrd. Euro an Rückflüssen realisiert werden. Ebenso beteiligt sich Österreich in den letzten Jahren



IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka und Bundesministerin Karoline Edtstadler

erfolgreich an fünf Important Projects of Common European Interest (IPCEI) und hat die nationale Finanzierung von Vorhaben unter dem EU Chips Act auf den Weg gebracht – an diese Erfolge gilt es anzuschließen. Immer mehr dieser Initiativen sind nicht nur über die allgemeinen EU-Beiträge der Mitgliedsstaaten, sondern auch direkt national zu finanzieren. Damit Österreich auch einen effektiven Nutzen daraus ziehen kann, sind eine strategisch vorausschauende Entscheidungsfindung und adäquate Mittelausstattung umso mehr gefordert.

Bei der Auftaktsitzung der EU-Task-Force FTI diskutierten Bundesministerin Karoline Edtstadler (Bundeskanzleramt), Sektionschefin Barbara Weitgruber (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung) sowie Georg List (AVL List, Chair of the Research & Innovation Working Group, Business

Europe) mit Industrievertretern und -vertreterinnen über die Erwartungen an das neue Forschungsrahmenprogramm FP10 und darüber, wie es gemeinsam mit strategischen Partnern gelingen kann, dass Europa offensiv in Forschung, Schlüsseltechnologien und Innovation investiert.

HUNTING FOR EXCELLENCE – Stipendium für Zukunftsthemen

2024 können Studierende, die kurz vor Abschluss ihres Studiums stehen, wieder ein Stipendium der DDr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung erhalten.

Die DDr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung der Industriellenvereinigung vergibt auch 2024 Stipendien an Studierende, die kurz vor dem Abschluss ihres Studiums stehen. Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof war als Mitbegründer und langjähriger Präsident der Industriellenvereinigung eine der Schlüsselfiguren für die Vertretung der österreichischen Industrie in der Zweiten Republik. Unter dem Motto „Hunting for Excellence“ will die Stiftung zur Entwicklung von industrierelevanten Zukunftsthemen beitragen.

INFORMATION

Im Jahr 2024 wird eine finanzielle Unterstützung i. H. v. insgesamt rund € 10.000 bereitgestellt. Voraussichtliche Ausschüttung: 1 x € 5.000; die weiteren € 5.000 werden je nach Qualität der jeweiligen Ansuchen aufgeteilt.

Einsendeschluss: 07.10.2024



Die Stiftung hat sowohl eine wirtschaftliche als auch naturwissenschaftliche Ausrichtung. Sie unterstützt Studien zur Kompetenzbeschaffung und zur Vertiefung der jeweiligen fachlichen Fremdsprachenkenntnisse an internationalen Spitzeninstituten in Bildung, Wissenschaft und Forschung.



Podiumsdiskussion beim Kick-off der neuen Task Force

Junge Industrie für Europas Zukunft

Jede Stimme zählt!

Die Europawahl im Juni markiert einen entscheidenden Wendepunkt – zum generellen Weg, den Europa einschlagen wird, und auch punkto Weichenstellungen für die heimische Industrie. Themen wie die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit, Klimaziele und bürokratische Hürden stehen im Fokus und werden mit jeder Stimme indirekt mitgestaltet.

Daher haben auch wir von der JI uns und unsere Mitglieder darauf vorbereitet. Im Rahmen der dreiteiligen Vortragsreihe „Talk about EU“ der JI-NÖ/Blgd. erhielten Interessierte Einblicke zu aktuellen politischen Themen. Bei der ersten Veranstaltung der Serie vertiefte Maria Theresa Lein vom IV-Büro Brüssel das Verständnis über Arbeitsweise und Prozesse der Union. Eine Herausforderung für die nächste EU-Kommission werde sein, „ein ausgewogenes Verhältnis zwischen internationaler Wettbewerbsfähigkeit und klimapolitischen Ambitionen zu finden“, erklärte Valerie Gruber, Vertreterin

des IV-Büros in Brüssel, bei der zweiten Veranstaltung. Markus Beyrer, Generaldirektor von Business Europe, diskutierte zum Abschluss der Reihe als Gast die Zukunft des Industriestandorts Österreich und die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen.

Auch in der Steiermark ging es Anfang Mai um die EU: Politikberater Thomas Hofer betonte in einer Veranstaltung der JI-Steiermark, wie globale politische Entwicklungen den österreichischen Standort beeinflussen können. Da in Österreich rund 60 Prozent durch Export erwirtschaftet werden, ist das Superwahljahr von zentraler Bedeutung, denn es geht um unsere Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand des Landes.

Um diese Zukunft tatsächlich mitgestalten zu können, hängt viel von der Wahlbeteiligung ab, denn auch bei dieser Wahl ist die junge Generation zahlenmäßig weit unterlegen. Umso wichtiger ist es daher, dass jedes Stimmrecht genutzt wird!

Team „Barrieren überwinden“ gewinnt Award

Mitte Mai ging der von der Jungen Industrie unterstützte Ideenwettbewerb NEXT GENERATION AWARD in Wien über die Bühne.

Die Jugend sieht sich mit immer mehr Problemen in der Zukunft konfrontiert, und manch einer fühlt sich daher machtlos – nicht so die Jugendlichen beim „Fest der Ideen Wien“, die die Zügel selbst in die Hand nehmen und Probleme in Gegenwart und Zukunft lösen wollen. Dazu haben die Oberstufenschüler zu den von ihnen erkannten Herausforderungen eine Idee entwickelt (Idea Challenge) und einen Businessplan geschrieben, um ihr Projekt zu verschriftlichen (Real Market Challenge). Dieser wurde dann von einer Jury bewertet; ebenso die Präsentation, die die Schüler vor den Juroren beim „Fest der Ideen“ hielten. Aus der Summe der beiden Bewertungen resultierten die Gewinner der zwei Kategorien des Ideen- und Businessplan-Wettbewerbs NEXT GENERATION. In der Kategorie „Idea Challenge“, die den Fokus auf das Geschäftsmodell legt, konnte „Feedalgo“ den Sieg holen.

Bei der „Real Market Challenge“ wird die Umsetzbarkeit der Projekte stärker gewichtet – hier hat es das Projekt „Barrieren überwinden“ der Jury besonders angetan: Sidney, Oliver und Benedikt entwickeln ein Gütesiegel für rollstuhlgerechte Hotels und setzen das Projekt auch um. Das Team wird auch mit dem „Social Entrepreneur Award“ ausgezeichnet. Die besten Teams haben damit ein Ticket für das Bundesfinale bekommen, bei dem sie um den Österreich-Titel kämpfen können.

Der Ideen- und Businessplan-Wettbewerb NEXT GENERATION Wien wird von „e.e.si“-Landeskoordinatorinnen und IFTE #Entrepreneurship4Youth in Kooperation mit der Wiener Wirtschaftsagentur, Unicredit Bank Austria, WK Wien, der Jungen Industrie Wien und der Julius Raab Stiftung umgesetzt.



Bildungsminister Martin Polaschek gratuliert Oliver Kirnbauer, Sidney Kunz und Benedikt Thaler, Team: „Barrieren überwinden“, Preisträger 1. Platz „Real Market Challenge“ und „Social Entrepreneur Award“, gemeinsam mit Jurymitglied Ralf Artner, Wolfgang Neubert und Marion Morales Albiñana-Rosner.



Europa – das erfolgreichste Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte

Wir haben es bloß vergessen!

192 Einträge findet man in der Kategorie „Krieg in Europa“ auf Wikipedia. Der Großteil davon betraf Länder in der heutigen EU. Seit der Gründung der Union hat die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nicht nur zum Frieden auf dem Kontinent, sondern auch in anderen Teilen der Welt durch Unterstützung und Entwicklungshilfe wesentlich beigetragen. Zur Erinnerung: Für ihren Einsatz für Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit hat die EU im Jahr 2012 auch den Friedensnobelpreis verliehen bekommen.

Wohlstand, Freiheit und Stabilität sind seither für die Bevölkerung zum Selbstverständnis geworden. Der immer noch andauernde Krieg in der Ukraine sollte uns daher eindrücklich vor Augen führen, welche essenzielle Vorteile die Union für die Menschen hat. Wirft man einen Blick in die Zeitungen und auf einige Wahlplakate im Land, zeigt das Stimmungsbild allerdings etwas anderes: Verdrossenheit mit der Politik der Union, Distanz zu den Entscheidungsträgern in Brüssel sowie Unzufriedenheit mit den Prozessen in den EU-Institutionen prägen die Medienlandschaft.

Die EU-Wahlen sind richtungsweisend für die Zukunft Europas. Wir müssen uns alle an der Nase nehmen und aufzeigen, welche Vorteile wir alle durch die EU erleben. Und das sind keine Kleinigkeiten, sondern die Grundpfeiler unseres Daseins: Frieden, Sicherheit und die Freiheit, das zu tun, was man möchte. Daher sollte es also selbstverständlich sein, die Demokratie zu leben und am 9. Juni zur Wahlurne zu gehen.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Arbeitszeitdiskussion: Die Fakten

Seit 2020 steigen die Arbeitskosten in Österreich deutlich stärker als in der EU. Dies treibt die Entwicklung der Lohnstückkosten immer weiter an, welche der Maßstab für die internationale Wettbewerbsfähigkeit sind. Die Produktivität nimmt sukzessive ab; Österreich wurde zur Teilzeit-Republik, die Jahresarbeitszeit sinkt stetig. Zusätzlich steigt das Pensionsantrittsalter trotz höherer Lebenserwartung kaum.

ARBEITSKOSTEN IN DER EU – „MADE IN AUSTRIA“ MUSS MAN SICH LEISTEN KÖNNEN

Die Arbeitskosten steigen in Österreich seit 2020 deutlich stärker als in der Eurozone und der EU insgesamt (zuletzt im vierten Quartal 2023 in Österreich um 7,7%, in Deutschland um 2,2% und in Italien um -0,1% im Vergleich zum Vorjahresquartal). Im Jahr 2022 betrug die Arbeitskosten in Österreich 38,08 Euro je geleisteter Stunde; erneut ein Höchststand, nachdem sie schon in den Vorjahren kontinuierlich gestiegen waren. Löhne und Lohnnebenkosten treiben die Arbeitskosten mit an, Letztere steigen

in Österreich deutlich steiler als die Produktivität. Lohnstückkosten sind der Maßstab für die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. In Österreich steigen die Lohnstückkosten von 2023 bis 2026 um durchschnittlich 5,8% (OeNB) – das sind um 2,1 Prozentpunkte mehr als im Euroraum. Dieser steile Anstieg bedeutet, dass Österreichs preisliche Wettbewerbsfähigkeit schrumpft, was zu einem Verlust an Marktanteilen führt (weil auch die Produktivität nicht ausreichend steigt).

ARBEITSKOSTEN IM VERGLEICH

Arbeitnehmerentgelt plus Steuern minus Zuschüsse

Quelle: Eurostat, IV, 2024



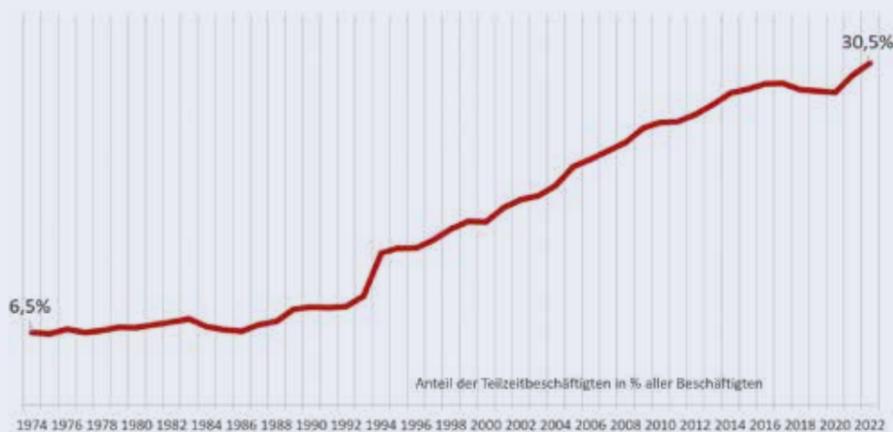
ÖSTERREICH IST EINE NATION DER TEILZEITBESCHÄFTIGTEN – DIE PRODUKTIVITÄT NIMMT SUKZESSIVE AB

Der Produktivitätsfortschritt (Output je Arbeitsstunde) nimmt in Österreich seit 1995 stets ab. Die Stundenproduktivität ist seit 2013 nur um 6% gestiegen, und die Produktivität pro Beschäftigtem hat keine Steigerung erfahren. Hauptgründe dafür sind unter anderem ein geringerer Kapitaleinsatz sowie geringere Produktivitätsgewinne durch Innovation und technologischen Wandel. Der Beitrag des Humankapitals war zuletzt sogar negativ, was auf den Rückgang der Arbeitsstunden bzw. den Anstieg der Teilzeit zurückzuführen ist. Auch bei der digitalen Kompetenz von Unternehmen und Beschäftigten liegt

Österreich im internationalen Vergleich nur im Durchschnitt. Mit 30,5% hat Österreich EU-weit die zweithöchste Teilzeitquote (Frauen 50,7%, Männer 12,6%) – das heimische Einkommensteuer- und Sozialversicherungssystem hemmt Teilzeitkräfte tendenziell darin, ihre Erwerbstätigkeit auszuweiten oder eine Vollzeitbeschäftigung anzunehmen. Erhöht in Österreich eine Teilzeitkraft die Wochenarbeitszeit von 20 auf 30 Stunden (+50%), steigt ihr Nettolohn um 28,9%, bei einer Verdoppelung der Arbeitszeit steigt der Nettolohn um nur 61,1% – das sind jeweils die zweit-schlechtesten Werte aller EU-Länder.

ANTEIL DER TEILZEITBESCHÄFTIGTEN IN ÖSTERREICH Trendbeschleunigung nach Covid-19

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus, 2022



JAHRESARBEITSZEIT SINKT STETIG – IM SCHNITT NUR MEHR 38,75 VERSICHERUNGSAJAHRE BIS ZUR PENSION

Die Jahresarbeitszeit sinkt in Österreich stetig. Während ein durchschnittlicher Beschäftigter 1995 noch rund 1706 Stunden im Jahr gearbeitet hat, ist die Jahresarbeitszeit 2023 auf nur noch 1448 Stunden

gesunken. Dies stellt eine negative Entwicklung um 15,13% dar. Hauptgrund ist die zunehmende Teilzeitbeschäftigung. Im Jahr 2022 hatten alle Pensionsbeziehenden und Pensionsbezieher im Schnitt

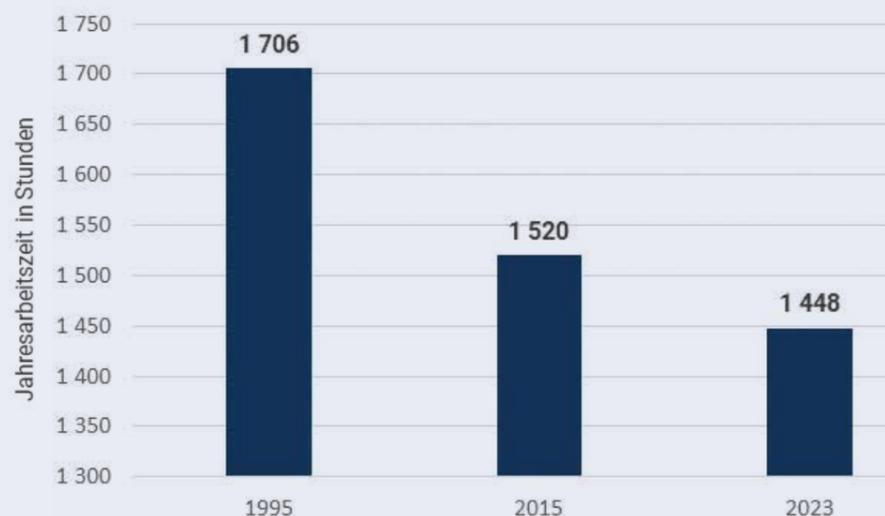
nur 38,75 Jahre an Versicherungsleistungen, wobei Frauen durchschnittlich 36 Jahre an Versicherungsleistungen vorweisen konnten. Von der oft bemühten Aussage „45 Versicherungsjahre sind genug“

sind wir also weit entfernt. In Österreich erreichen nur durchschnittlich 45,6% der Männer und 4,3% der Frauen die 45 Beitragsjahre – in Summe sind das lediglich 25,5%.

JAHRESARBEITSZEIT SINKT STETIG

Entwicklung der Jahresarbeitszeit pro Beschäftigtem in Österreich in Stunden

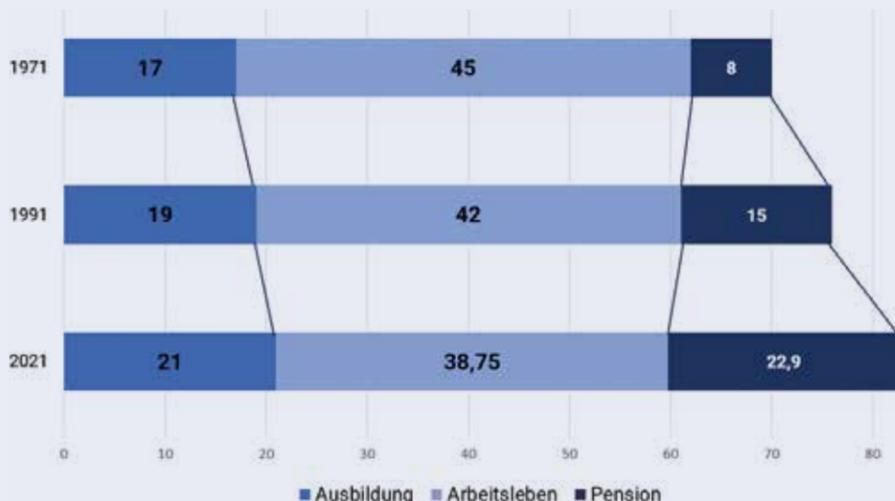
Quelle: Eurostat, Agenda Austria



SPÄTER AUF DEN ARBEITSMARKT, FRÜHER IN PENSION

Entwicklung der durchschnittlichen Ausbildungs-, Arbeits- und Pensionsdauer in Österreich

Quelle: Statistik Austria, Agenda Austria



Warum länger arbeiten notwendig ist!

Der Vorschlag der Industriellenvereinigung zur Verlängerung der Arbeitszeit auf 41 Stunden pro Woche führte zu intensiven Diskussionen rund um den Tag der Arbeit am 1. Mai.

Während die einen von „Verrücktheit“ sprechen, sehen andere eine bewusste Gegenposition zur latenten Arbeitszeitverkürzungsdiskussion (Stichwort 32 Stunden) und einen gelungenen PR-Coup der IV. Medial dominiert vielfach die Meinung, man könne eine Arbeitszeitverlängerung in der heutigen Work-Life-Balance-Zeit nicht mehr fordern, weil man damit sogar die willigen Vollzeitarbeitskräfte demotiviere – völlig vernachlässigt wird in der Diskussion aber der wahre Hintergrund der 41-h-Forderung, nämlich dass die Welt, wie wir sie in Europa und Österreich in den letzten 30 Jahren kannten, zu Ende ist und ohne Maßnahmen eine veritable Standortkrise droht.

Rückblickend verfügte Europa in den letzten Jahrzehnten über außergewöhnlich vorteilhafte Rahmenbedingungen, die nun ein abruptes Ende gefunden haben: Die USA wollen erstens Europa nicht mehr militärisch verteidigen und haben den lange verfolgten falschen Weg einer Dienstleistungsgesellschaft mit ausgelagerten Werkbänken wieder verlassen und eine Reindustrialisierung, beschleunigt durch das IRA-Gesetz, in Gang gesetzt. Zweitens bekommt Europa keine billige Energie mehr aus Russland und muss gleichzeitig den sehr teuren Weg der Diversifizierung samt grüner Transformation seiner Energieversorgung umsetzen. Drittens profitierte die europäische Industrie vom dynamischen Wachstum von China; der Export nach Asien boomte. Doch die Flussrichtung dreht sich gerade um: Chinas Industrie ist enorm wettbewerbsfähig (gleiche Qualität und Produktivität bei geringeren Kosten) und verfügt über Überkapazitäten, die jetzt nach Europa exportiert werden.

Europa verfügt also weder über die Fähigkeit, sich selbst militärisch verteidigen zu können (und muss diese jetzt teuer aufbauen), ist abhängig von (grünen) Energieimporten und verliert gerade die weltweite industrielle Führerschaft und damit das Erfolgsmodell Export. Führend ist Europa noch darin, dem Rest der Welt unsere europäischen Werte und Moralvorstellungen übertragen zu wollen (Stichwort Lieferkettengesetz), wodurch wir uns zum Stillstand regulieren. Exemplarisch zeigt sich das bei der künstlichen Intelligenz, die Amerika entwickelt und zum Geschäft macht, während Europa sie bürokratisiert.

Wäre das nicht schon genug, stellt sich die Situation für den Standort Österreich nochmals kritischer dar. Der Hauptgrund ist die Inflation, die die höchste in Westeuropa ist und dazu führt, dass die Personalkosten in den letzten zwei Jahren explodiert sind. Weil die Produktivität nicht entsprechend

mitsteigt, steigen auch die Lohnstückkosten kräftig. Selbst wenn sich die aktuellen konjunkturellen Probleme auflösen werden: Die strukturellen Probleme des Standorts Österreich verschwinden damit nicht. Der Kostenrucksack bleibt und kann nur durch umfassende Steuer- und Lohnnebenkostensenkungen wieder etwas an Gewicht verlieren.

Zusätzlich ergeben sich bei der Arbeitszeit in Österreich zwei weitere Baustellen: Erstens lohnt sich Leistung nicht. Wer rechnen kann, arbeitet in Österreich Teilzeit, weil mehr zu arbeiten steuerlich bestraft wird – bei einer Erhöhung der Arbeitszeit um 50% von 20 auf 30 Stunden bleiben dem Mitarbeiter netto nur 29% mehr, bei 100%, von 20 auf 40 Stunden, nur 61% mehr. Vollzeit arbeiten also nur jene, die es aus finanziellen Gründen müssen. Mit jeder Lohnrunde und Steuerreform werden niedrige Einkommen (und damit alle Teilzeitbeschäftigten) stärker entlastet, wodurch die Steuerprogression noch steiler und Vollzeit noch unattraktiver wird. Österreich wurde zur Teilzeit-Republik. Die IV hat dazu ein „Leistung muss sich lohnen“-Paket mit Anreizen für mehr Vollzeit, Überstunden und Arbeit im Alter vorgelegt – erst wenig davon wurde von der Bundesregierung umgesetzt.

Die zweite Baustelle ist die generelle Arbeitszeit. Trotz Bevölkerungswachstums in Österreich sinkt das geleistete Arbeitsvolumen. Die Jahresarbeitszeit sinkt weiter auf nur mehr 1448 Stunden – immer mehr Beschäftigte (deswegen auch Rekordbeschäftigung und niedrige Arbeitslosenquote) arbeiten immer kürzer. In allen unseren Nachbarstaaten wird länger gearbeitet, gar nicht zu reden von Ländern wie USA, China oder Indien. Österreich ist nicht mehr um das besser, was es teurer ist. In der Schweiz wurde die Arbeitszeit vor Jahren erhöht, weil durch den starken Franken die Wettbewerbsfähigkeit gesunken ist. Durchschnittlich arbeitet die Schweiz in Vollzeit 42,7 Stunden pro Woche und damit fünf Stunden länger als Österreich.

Der zukünftige Wohlstand in Europa und Österreich hängt also an einem seidenen Faden. Die Erfolgsfaktoren der Vergangenheit haben sich relativiert. Die Deindustrialisierung ist im Gange, Arbeitsplätze und Investitionen fließen ins Ausland ab. Österreich braucht ein Standortreparaturpaket, welches steuerliche Entlastungen, Leistungsanreize, weniger Bürokratie und die Stärkung unserer Stärken (Lehre, HTL, Forschungsförderung) beinhaltet. „Mehr arbeiten, weil es notwendig ist!“, lautet das Motto. Es ist besser, 41 Stunden zu arbeiten, als keinen Arbeitsplatz zu haben. Es nicht zu tun würde Arbeitsplatzvernichtung bedeuten.



REALITÄTS- VERWEIGERUNG

Die globalen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse verändern sich. Europa und Österreich kommen massiv unter Druck.

Die USA und Europa haben in den letzten Jahrzehnten die Weltwirtschaft dominiert. Der Wohlstand bei uns wurde massiv ausgebaut, indem wir von Oberösterreich aus in die ganze Welt exportiert haben. Heute stellt sich die Lage völlig anders dar: Während sich die USA in den letzten Jahren militärisch, energiepolitisch und digital stark und unabhängig aufgestellt haben und den Anteil am Welt-BIP halten können, fällt Europa immer stärker zurück. Innerhalb Europas verliert Österreich durch die stark steigenden Personalkosten in Verbindung mit einer seit Jahren laufenden schleichenden Arbeitszeitverkürzung dramatisch an Wettbewerbsfähigkeit.

Die sofortige Ablehnung einer politischen Debatte über unseren Vorschlag einer 41-Stunden-Woche ist bezeichnend für die Ignoranz aller Warnsignale für unseren Standort. Es ist noch nicht bewusst oder wird einfach negiert, in welcher Lage wir uns befinden. Während an meinen Standorten im Unternehmen in Österreich 1.626 Stunden im White-Collar- und 1.580 im Blue-Collar-Sektor jährlich in Vollzeit gearbeitet wird, sind es in China 2.573 bzw. 3.500 und in Indien 2.456 bzw. 2.916 Stunden – und das bei in der Zwischenzeit vergleichbarer Produktivität und Innovationskraft. Eine Verlagerung von Jobs auch in hochwertigen White-Collar-Bereichen wie der Entwicklung ist im Gange. Während ein Ingenieur in Asien bei der Einstellung darum bittet, Überstunden machen zu können, wird bei uns über 32 Stunden, Homeoffice und Work-Life-Balance diskutiert.

Dass sich die Finanzierung unseres Sozialstaats mit Teilzeit und Frühpension nicht ausgereicht, ist keine Raketenwissenschaft. Wenn Deutschland nächstes Jahr wählt, wird dort der längst fällige Turnaround eingeleitet. Spätestens dann wird auch Österreich unsanft aus dem Schlaf gerissen werden. Besser wäre es, nicht darauf zu warten, sondern so rasch wie möglich ein Standort-Reparaturpaket an den Start zu bringen.

Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich



IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch.



Ganzheitliche Standortstrategie für Arbeit

Aus dem „Pakt für Arbeit und Qualifizierung“ wird „upperWORK 2030“: Mit neuer Ausrichtung und neuem Namen fungiert die Standortstrategie für Arbeit als Motor, Leitplanke und Impulsgeberin für die langfristige Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich.

Nachdem die IV-OÖ im Vorjahr den seit 2012 bestehenden und im Kern weitgehend unveränderten „Pakt für Arbeit und Qualifizierung“ zwischen Land OÖ und weiteren Stakeholdern der oö. Arbeitsmarktpolitik nicht mehr mitgetragen hatte, wurde das Instrument einem extern begleiteten Evaluierungsprozess unterzogen und neu gestaltet. Das Ergebnis „upperWORK 2030“ ist eine ganzheitliche oberösterreichische Strategie für Arbeit. Sie stellt ein differenziertes Maßnahmenpaket dar, welches jährlich neu verhandelt wird und so in der Lage ist, kurz- bis mittelfristig auf geänderte Anforderungen zu reagieren. Das jährliche strategische Monitoring stellt die entscheidungsrelevanten Informationen bereit.

Die Strategie erfasst und konkretisiert Potenziale und Handlungsfelder zur Arbeitskräftesicherung und dient als strategischer Leitfaden und Steuerungsinstrument. Sie orientiert sich an folgenden Zielsetzungen:

- Langfristige Sicherstellung der Verfügbarkeit von Arbeitskräften für die oberösterreichische Wirtschaft
- Aktivierung, Bindung und Förderung der Potenziale von Beschäftigten
- Bestmögliche Vermeidung von Arbeitslosigkeit mit dem Ziel, Vollbeschäftigung zu sichern
- Soziale Sicherheit und Perspektiven für

die Menschen Oberösterreichs durch das Schaffen und Erhalten von guten Arbeitsplätzen

Bedingt durch den demografischen Wandel werden der Anteil und die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinken. Die Erwerbsquoten unterschiedlicher Personengruppen unterscheiden sich gegenwärtig deutlich, wobei in erster Linie Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, ältere Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen seltener im Erwerbsleben stehen. Um den Arbeitskräftebedarf decken zu können, müssen alle Bevölkerungsgruppen in hohem Ausmaß am Erwerbsleben teilnehmen und dabei ihr Potenzial voll ausschöpfen. Um genau diese Bevölkerungsgruppen zu aktivieren, fördern die Maßnahmen von „upperWORK 2030“ die Erhöhung aller Personengruppen und die Aktivierung von „stillen Reserven“. Die Erwerbsbeteiligung und das Beschäftigungsausmaß von Frauen stärker an die Werte der Männer anzugleichen, die Anpassung der Erwerbstätigkeit von Menschen (insbesondere Frauen) mit Migrationshintergrund an das allgemeine Niveau, die Verbesserung der Erwerbsbeteiligung von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sowie die weitere Reduktion von Langzeitarbeitslosigkeit sind wesentliche Ziele der Strategie.

Durch Maßnahmen zur Förderung der Gewinnung und Bindung von Arbeitskräften soll insbesondere den demografischen Herausforderungen bestmöglich entgegengewirkt werden. Neben einer ausreichenden qualifizierten Zuwanderung aus dem Ausland soll auch die Gewinnung von Arbeitskräften aus anderen Regionen Österreichs forciert werden. Darüber hinaus zielt „upperWORK 2030“ insbesondere auch auf die Bindung der in Oberösterreich vorhandenen Arbeitskräfte bzw. eine geringe Abwanderung von gut und hoch qualifizierten Personen ab.

Bedarfsgerechte Qualifizierung fördern

Die fortschreitende grüne und digitale Transformation verändert immer schneller die Anforderungen an am Arbeitsmarkt verfügbare Qualifikationen, während einfachere Tätigkeiten durch Automatisierung zunehmend verschwinden. In Oberösterreich besteht im Bereich der Qualifizierung beträchtliches Potenzial für die Gewinnung von Fachkräften, da gegenwärtig noch fast 20% der Personen im Haupterwerbsalter lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Die Qualifizierungsmöglichkeiten am Standort müssen vor dem Hintergrund des technologischen Fortschritts immer flexibler an die zukünftigen Bedarfe des Arbeitsmarkts angepasst werden können. „upperWORK 2030“ setzt dazu auf allen Ausbildungsebenen entsprechende Schwerpunkte:

- Die Reduktion des Anteils jener Menschen, die lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen, weil eine über den Pflichtschulabschluss hinausgehende Ausbildung die Grundvoraussetzung darstellt, als Fachkraft tätig zu werden
- Die Sicherstellung eines hohen Anteils von Lehrabschlüssen in Mangelberufen
- Die Erhöhung des Anteils der Menschen mit technischen Ausbildungen auf Sekundär- und Tertiärniveau
- Die Erhöhung der Beteiligung und des Ausmaßes an Weiterbildung, insbesondere im Bereich der digitalen Kompetenzen

Schwerpunkte des Förderprogramms 2024

„upperWORK“ reagiert aktiv auf gesellschaftliche Veränderungen und wirtschaftliche Anforderungen, die sich am Arbeitsmarkt widerspiegeln. Trends und Erfordernisse finden in der Planung der Aktivitäten Berücksichtigung, und so werden ziel- und bedarfsorientierte inhaltliche und finanzielle Schwerpunkte gesetzt. 2024 werden neben erprobten Maßnahmen folgende Akzente gesetzt:

- Fokus erster Arbeitsmarkt – Vermeidung von Arbeitslosigkeit: Alle Angebote zielen darauf ab, Menschen für einen Arbeitsplatz in einem oö. Betrieb fit zu machen
- Transformation durch MINT-Qualifikationen
- Gezielte Fachkräftegewinnung und -integration: Gesamtkonzept für Beratung, Begleitung, Integration und Bewusstseinsbildung zur Fachkräftegewinnung aus dem In- und Ausland
- Qualifizierung in Anwendungsfeldern von Energie- und Klimatechnologie

„upperWORK2030“ enthält 2024 ein Gesamtfördervolumen von 367,15 Mio. Euro, die von AMS OÖ, Land OÖ und Sozialministeriumservice OÖ als Fördergeber getragen werden. Mit 176,47 Mio. Euro trägt das AMS OÖ knapp die Hälfte des Fördervolumens, das Land OÖ stellt ein Budget von 136,36 Mio. Euro zur Verfügung und 54,32 Mio. Euro stammen vom Sozialministeriumservice. Rund 123.000 Menschen werden 2024 von den Angeboten des Standortprogramms für Arbeit profitieren.



WEBTIPP

Alle Infos finden Sie unter:
www.upperwork.at



Die Standortpartner unterzeichnen das Strategiepapier.